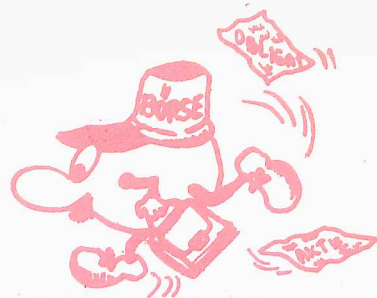


DER ROTE BÖRSENKRACH



NACHRICHTEN AUS LEHRE, INDUSTRIE UND FINANZ

SS 80 Nr. 7

Am MONTAG den 9. Juni 1980 findet
ab 15⁰⁰ Uhr im AMERLINGHAUS (7, Stiftgasse 8)

ein F E S T

des ROTEN BÖRSENKRACH statt.

Am Nachmittag, von 15⁰⁰ bis 18⁰⁰ Uhr gibt es einen
kleinen Jahrmarkt:

- Diskussion in Kleingruppen über SOWI-Fakultät
und den "Roten Börsenkrach"
- Film: "Lieber heute aktiv, als morgen radioaktiv"
- Zielgruppentheater
- Lesung
- Flohmarkt (bringt altes Zeug mit, das Ihr los-
werden wollt !!)
- Büchertisch
- Wandzeitungen
- Wunschbriefkasten
- eine Schreibmaschine, auf der jeder tippen kann,
was er/sie am Herzen hat.
- viele bunte Sachen zum Verkleiden

Ab 18⁰⁰ Uhr gibt's Musik mit Kurt Winterstein, den
"Superstition" und einigen anderen Überraschungen, die
wir Euch noch nicht verraten.

am 9. Juni ab 15⁰⁰ Uhr im AMERLINGHAUS

RBK-Fest RBK-Fest RBK-Fest RBK-Fest RBK-Fest RBK-Fest

EIN STÖHNEN UND MURREN ZIEHT DURCH DIE HALLEN
UND VERHÄLLT,
bevor es sich BALLT und KNALLT

Szenen einer trotzdem nicht ganz stinknormalen Fakultät....

I. HR-Übung, Ass. Binder, Tag, an dem die Ergebnisse der Klausur bekanntgegeben werden

Ergebnisse der Klausur: fast die Hälfte fünfer
fast die Hälfte vierer (davon größtenteils gerade noch)
einige wenige dreier
noch weniger zweier
keine einser

Murren im Hörsaal

1. Studentin: "Das ist eine Frechheit, der hat die vierer gerade noch so hingebogen, daß das Ergebnis der Klausur nicht so negativ aussieht, wie es ist."
2. Studentin: "Bei so einem Ergebnis ist doch auch so ganz klar, daß da eher beim Binder - bei der Klausur, die er uns gegeben hat, bei seinem Vortrag oder bei der Benotung - was nicht stimmt als bei uns."
3. Studentin: "Der ist irrsinnig schlau - durch die Aufspaltung in schlechte Vierer und in Fünfer hat er es geschafft, uns so zu spalten, daß wir nicht alle gleichermaßen empört sind und unsere berechnete Wut auf ihn loslassen."

Die Übung ist aus - die Studentinnen strömen, mehr oder weniger frustriert, mehr oder weniger laut murrend, hinaus und auseinander.. Eine Studentin schlägt noch vor, die Fakultätsvertreterinnen vom RBK zu verständigen, damit die was gegen den Binder unternehmen... dann verhallt das Murren in den langen hohen Gängen...

--- --

II. Montag, 10 Uhr 15, kleiner Festsaal, Streißler Vorlesung, Konjunkturtheorie

20 Weiblein und Männlein sitzen, mehr oder weniger ehrfurchtsvoll aufgereut und versuchen den hochwissenschaftlichen Ausführungen Streißlers zu folgen. Dieser lebt während seiner ökonomischen Ergüsse sichtlich auf und fügt beschwingt das eine oder andere Witzchen ein.

Nur einigen gelingt es, an diesen seinen Ergüssen und Witzchen entsprechend teilzuhaben. Der Rest wechselt ab und zu verständnislose Blicke. Eine meint zur Nachbarin beim Rausgehen: "Das hat doch alles weder Hand noch Fuß - oder hab ich 's nur nicht kapiert?" "Ich frag mich schon die ganze Zeit ob diese Ökonomie wirklich so öd ist oder ob ich zu blöd bin?!"

"Wir sollten einen Arbeitskreis..."

"Das ist doch alles Quatsch, ich geh da nicht mehr hin..."

Das Murren verhallt in den Hallen - schneller als bei den Jüngeren, die Frustrationstoleranz ist gestiegen.

--- --

Die Hörsaalszenen sind beliebig erweiterbar und variierbar!

1997

9

10

das

 $n-$

en-

77.

10

•eunt

ORIENTIERUNGSSCHWIERIGKEITEN

Man verzeihe den Ökonomen nichts - denn sie wollen nicht wissen, was sie tun...

Während sie vorgeben fieberhaft faustisch nach jenem zu forschen, welches die Welt im Innersten zusammenhält, täuschen sie ahnungslose Laien ebenso wie sich selbst. Denn sie sind besessen, vom Geist der stets bejaht - und zwar das bestehende System. Wir haben einen Blick in die Ökonomenhöhle gewagt, und stellten fest, daß eine große Schar von Ökonomen laut kreischend um einen Kessel tanzte, in welchem sich ein teuflisches Gebräu zu befinden schien. Allerortens roch es pestilenzisch nach einer neuen Wirtschaftspolitik.

Was war geschehen?

Obwohl selbst konservative Ökonomen nach der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre nur mehr schwer glauben konnten, die freie Marktwirtschaft tendiere zu einem Gleichgewicht, in welchem es nur freiwillige Arbeitslosigkeit gäbe, haben die meisten heute längst alle kritischen Überlegungen verdrängt.

Gerade heute, wo die Arbeitslosigkeit nicht mehr auf sogenannte Entwicklungsländer - wo man sie jahrelang getrost ignorieren zu können glaubte - beschränkt bleibt, ist eine weitverbreitete Rückkehr zu wirtschaftspolitischen Doktrinen zu erkennen, welche eine Abkehr von jener Politik bedeuten, die durch die Keynes'sche Analyse eingeleitet worden war.

"Eingeleitet" muß es heißen, weil das was unter dem Schlagwort "Keynesianische Wirtschaftspolitik" praktiziert wurde, nur sehr mittelbar aus Keynes Überlegungen in seiner "General Theory" folgte. Hatte dieser nämlich in seinem Werk aufgezeigt, daß es keinen Grund gäbe anzunehmen, die Marktwirtschaft tendiere zu einem Gleichgewicht bei Vollbeschäftigung, legte er später selbst den Grundstein zu dem, was J. Robinson als "neue Orthodoxie" bezeichnet: "Wenn uns aber unsere Regierungen einen Produktionsumfang herbeiführen können, der so weit wie möglich der Vollbeschäftigung entspricht, tritt von da an die klassische Theorie wieder in ihre Rechte..." (1)

Jene "neue Orthodoxie" bestand in dem Glauben, die Regierungen könnten in den offenbar unvermeidlichen Konjunkturabschwüngen die mangelnde Nachfrage durch ein bißchen öffentliche Ausgaben ankurbeln, und das kapitalistische System würde prächtig funktionieren.

Ein neuer, gewaltiger Optimismus machte sich breit, und niemand rechnete ernsthaft mit einer Rezession. Das goldene Zeitalter schien zum Greifen nahe.

Umso heftiger war die Enttäuschung als man erkennen mußte, daß die fetten, problemlosen Jahre zu Ende sind. Jene die den staatlichen Eingriffen immer schon mißtrauisch gegenüber gestanden waren, zogen nun schnell folgenden Schluß: 'Keynes hat gesagt, der Staat soll eingreifen. Jetzt ist uns die Wirtschaft aus dem Gleichgewicht geraten. Also hat Keynes sich geirrt, ohne Eingriffe funktioniert der Markt eben doch viel besser.' Aufgrund dieser Unlogik wußten auch bald alle, wieso es plötzlich im besten aller Systeme, zu Arbeitslosigkeit und Inflation kommen ahte können: der Staat war schuld

Bei uns in Österreich dauert bekanntlich alles viel länger als anderswo, doch auch hier unkt man bereits der Staat möge doch, wo wir im Vergleich mit anderen westlichen Industriestaaten zufälligerweise momentan noch ganz gut dastehen, schnellstens seine mit Sicherheit falsche Wirtschaftspolitik aufgeben.

Bevor es zu spät ist, sozusagen...

In Österreichs profiliertestem Wochenmagaz. n' erschien am 5. Mai, endlich möchte man fast sagen, ein Artikel von J. Tschebull mit dem Titel "Angebotsorientiert", in welchem sich der Autor

gefühlvoll "an den dunklen Sinn des Wortes herantastet" (Zit.) Tschebull tappt nicht lange im Dunkel, denn schon im zweiten Absatz hat er den Täter erwischt: "Zunächst einmal bedeutet die "angebotsorientierte Wirtschaftspolitik" eine Abkehr, die ja fast eine Kampfansage an John Maynard Keynes ist. Der englische Wirtschaftstheoretiker der Zwischenkriegszeit hatte den Politikern erfolgreich eingeredet, der Staat könne die Wirtschaftszyklen zwischen Konjunktur und Rezession einebnen,

indem er im Fall der Rezession die fehlende private Nachfrage durch kreditfinanzierte öffentliche Aufträge ersetzt (deficit spending)."

Um angebotsorientierte Wirtschaftspolitik sodann noch fester in den Griff zu bekommen, greift Tschebull zum Lehrbuch und rezitiert: "Der Markt ist laut Lehrbuch ein Ausgleichssystem in dem Angebot und Nachfrage einander vollautomatisch einjustieren."

Wenn nun aber Angebot und Nachfrage "krisenhaft auseinanderklaffen", schließt Tschebull scharfsinnig, muß ja nicht unbedingt die Nachfrage "schuld" sein. Er läßt es jedoch nicht bei dieser etwas zu theoretischen Überlegung bewenden, sondern gibt seinem Leser ein starkes Argument aus der Praxis: "Kaufkraft gibt es - wie die ausgebuchten Flugreisen in alle Welt ... beweisen, im Inland offenbar genug." Die Leutln schwimmen im Geld - wenn sie nichts kaufen, ist das Angebot schuld. Klar. Und wenn der Staat durch seine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik nicht dauernd dazwischengepfuscht hätte, wäre längst keine "künstliche Nachfrage" mehr nötig, weil dann der wundersame selbstreinigende Mechanismus in Kraft getreten wäre, der dafür gesorgt hätte, daß das Angebot der Nachfrage angepaßt wird.

In letzter Zeit, so stellt Tschebull erleichtert fest, scheinen auch die "roten Wirtschaftspolitiker" diese Wahrheit erkannt zu haben. Wenn ihm auch weh um's Herz ist, denn: "Irgendwie glauben die Repräsentanten des modernen Gschäftelhuberstaates ja immer, in die Wirtschaft eingreifen zu müssen." so freut er sich doch: "Diesmal also beim Angebot"

In 4 Punkten tritt Tschebull sodann breit, was angebotsorientierte Wirtschaftspolitik etwa heißen könnte, doch lassen sich seine Überlegungen auch kürzer fassen: der Staat sollte aufhören, die Arbeitnehmer zu unterstützen - die sind, siehe Flugreisen, ohnehin reich genug - und die Unternehmer durch Steuersenkungen, wie Abschaffung der Lohnsummensteuer, durch Exportfinanzierung und "zurückhaltende Lohnpolitik" fördern.

Hier vermeidet T. klugerweise den Griff zum Lehrbuch, denn dort hätte er unter den Stichwort 'Multiplikator' einige Hinweise gefunden, welche seine schlaue Argumentation relativiert hätten. Er hätte entdecken müssen, daß ein Großteil jener "angebotsorientierten Maßnahmen", nämlich jener die sich gegen die Lohnempfänger richten, ungeahnte Auswirkungen auf die Nachfrage haben würden.

Über kurz oder lang wäre darn doch wieder die Nachfrage "schuld", (um Tsehebull's Terminus zu gebrauchen) daß heißt, und hier wagen wir einen Griff zum Lehrbuch: "das Konsumentenverhalten hängt vor allem von den gesellschaftlichen Verhältnissen und der Einkommensverteilung ab. Die Einkommensverteilung ist sehr ungleichmäßig: eine kleine Anzahl reicher Familien hat sehr hohe Einkommen, die große Masse bezieht verhältnismäßig niedrige Einkommen. Die Lohnabhängigen konsumieren einen großen Teil ihres Einkommens, während die Reichen nur einen kleinen Teil konsumieren und den Rest sparen." (2)

Sieh da, sieh da, wer hätte das gedacht? Wenn die Löhne sinken, sinkt auch die Nachfrage, so ein Zufall. Damit hat aber Tsehebull sicher nicht gerechnet, wenn er "die Rückbesinnung auf die Quellen wirtschaftlicher Prosperität, auf die Produzenten marktgerechter und damit gewinnbringender Waren und Dienstleistungen" bejubelt.

Nein, Tsehebull hat sicherlich keinesfalls absichtlich vergessen, daß angebotsorientierte Wirtschaftspolitik zu erhöhter Arbeitslosigkeit führen kann, sonst hätte er es bestimmt in seinem Artikel erwähnt.

Was die Theorie, aber auch die Praxis, betrifft, sind uns unsere deutschen Nachbarn weit voraus. Führend in der hier besprochenen Theorie ist dort zur Zeit unumstritten die CDU/CSU mit ihrem wirtschaftspolitischen Sprecher K. Biedenkopf. Ähnlich wie Tsehebull, nur ein wenig deutlicher sieht Biedenkopf die Ursachen für die aktuellen wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten: "Die ständige Entwöhnung von eigener Verantwortung, die abnehmende Bereitschaft zu Selbstständigkeit auch im wirtschaftl. Bereich, die Zunahme von staatlicher Betreuung, Reglementierung Bevormundung und v.a. mehr" - hierin hat nach Biedenkopf "der heute allgemein beklagte wirtschaftliche und gesellschaftliche Zustand ... seinen Nährboden" (3). Ähnlich wie Tsehebull meint auch er, durch Kostensenkungen eine größere Attraktivität der deutschen Produkte im Ausland erreichen zu können. Doch auch in diesem Punkt ist er präziser. Da die Arbeitskosten für die Unternehmer das entscheidende Problem sind, fordert B.:

"verstärkte Rationalisierungsmaßnahmen", "Dämpfung der Sozialkosten" sowie "Privatisierung staatlicher wirtschaftlicher Tätigkeit". Da er weiters auch der Ansicht ist, die abzusetzenden Produkte müßten bekannter werden, schlägt er folgerichtig Maßnahmen in Form von staatlichen Subventionen bei Betriebsneugründungen und bei Innovationen vor. Sollte dies aber alles nicht reichen um die Wirtschaft anzukurbeln und Arbeitslosigkeit zu vermeiden, schlägt er weiter vor: "da es für die Unqualifizierten zu wenig Arbeitgeber gebe, müsse gezielt darauf hingewirkt werden, daß mehr Menschen motiviert werden, Arbeitgeber zu werden." (4) Et voila. Um Mißverständnissen betreffend das Funktionieren der Marktwirtschaft vorzubeugen fügt er noch hinzu, es müsse "eine grundsätzliche politische Entscheidung darüber herbeigeführt werden, ob Arbeitseinkommen gerade in den Bereichen niedriger Produktivität künftig nicht wenigstens zu einem Teil von ihrer sozialen Funktion entlastet und stärker nach wirtschaftlichen Maßstäben bemessen werden sollten." Verhungern soll also niemand, es soll nur zum Wohle aller die Wirtschaft endlich dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage überlassen werden, auch was die Löhne betrifft, versteht sich. Hier zeigt sich, daß Biedenkopf weitaus politischer denkt als Tschebull. Denn die einzige politische Partei, die berufen wäre, solch grundsätzliche Entscheidungen zu fällen und durchzuziehen, ist die CDU/CSU.

Jenes von Tschebull skizzierte und von Biedenkopf schon fast zu klar ausgeführte "Sanierungsprogramm" soll wohl über Massenarbeitslosigkeit und Armut zu einer "gesünderen" Wirtschaft führen. Man könnte sich fragen, ob das Ziel jener Politik nicht weit über die vorgegebene Sanierung der Wirtschaft hinausgeht. Was könnte bloß durch Arbeitslosigkeit saniert werden? Wer kann denn ernsthaft glauben - außer Tschebull natürlich - daß er mit Arbeitslosen die Wirtschaft saniert?

Aber aber, wird hier vielleicht noch der eine oder andere einwenden, das ist doch alles nicht so; in Wien wird immer alles ver-teufelt, was nicht keynesianisch ist, vielleicht muß man einfach einmal was neues probieren...

Sehen wir uns also an, was die sogenannte "Gesundshrimpungs-politik" der Thatcher-Regierung bisher so an Erfolgen zu verzeichnen hatte. Sir Geoffrey Howe, Schatzkanzler der der Thatcher Regierung, welcher ganz ähnliche Ansichten vertritt, wie die beiden oben genannten Herren, ist nämlich längst zur Praxis übergegangen. In seinem ersten Budgetentwurf vom 14.6.79. wird die Einkommenssteuergrenze von 83% auf 60% gesenkt, wovon vor allem die Bezieher von Einkommen über 25.000. Pfund/Jahr profitierten. Die Umsatzsteuer wurde von 8% auf 15% erhöht, was vor allem die untersten Einkommensklassen benachteiligt. Die öffentlichen Ausgaben für Gesundheit, Wohnungsbau, Erziehung Soziales usw. wurden drastisch gekürzt. Weiters wurde angekündigt, die Staatsausgaben würden vor allem im Bereich der Arbeitsbeschaffungsprogramme und der Subventionierung strukturschwacher Betriebe eingeschränkt.

Der zweite Budgetentwurf von 1980 beinhaltet eine weitere Kürzung der öffentlichen Ausgaben, Rezeptgebühren werden drastisch erhöht und die Arbeitslosenzuschüsse besteuert. Einzig die Rüstungsausgaben sollen erhöht werden (3,5%) sowie die Ausgaben für die Polizei. (5)

Parallel dazu gibt die Regierung Pläne zur rechtlichen Disziplinierung der Gewerkschaften bekannt: Einschränkung der Rechte von Streikposten, Erschwerung von closed shops, staatliche Gelder für die Durchführung von Briefabstimmungen vor Streiks (6)

Der Erfolg dieser Politik spricht für sich: Die Inflation in GB beträgt heute 20% und ist weiterhin im Steigen begriffen, die Zahl der Arbeitslosen ist auf 1,5 Mio gestiegen und die CEPG (Cambridge Economic Policy Group) prognostiziert für 1981 2,6 Mio und für 1985 4,4 Mio Arbeitslose. (7)

Das kann doch alles nicht im Sinne der angebotsorientierten Gesundshrimpungssanierer sein, oder etwa doch?

Solange eine Wirtschaft regelmäßig und kräftig wächst, und alle erwarten, daß sie das bis ans Ende aller Zeiten tun wird, gibt es für die obersten Einkommensklassen nur wenig Grund, sich gegen eine staatliche Wirtschaftspolitik zu stellen, die ein wenig umverteilt - schon weil jene "Umverteilung" nie so weit ging, daß die Position der Arbeitnehmer relativ zu jener der Bezieher von Spitzeneinkommen tatsächlich verbessert wurde.

Dem Staat fiel die ehrenvolle Aufgabe zu, dafür zu sorgen, daß der Anteil am Wirtschaftsprodukt, welcher den Lohnabhängigen zusteht, nicht immer geringer werde - was schon deshalb gutgeheißen werden kann, weil die Arbeitnehmer (siehe Lehrbuch!) bekanntlich nur schwer auf die Dauer mehr ausgeben können, als sie verdienen. Und konsumieren sollten sie ja.

Nun, die Zeiten haben sich offenbar geändert. Das Baby Wirtschaft will nicht mehr so recht, es wächst nur mehr zögernd und wird vielleicht in Bälde vollständig zu wachsen aufhören. Sowohl die lang anhaltende Rezession als auch die immer geringere Hoffnung auf einen Aufschwung sind entscheidend für das Umdenken und Umschwenken in Wirtschafts- und Unternehmerkreisen. Eine interessante Untersuchung jenes Prozesses liefert L. Thurow in seinem Buch "The Zero-Sum Society", welches in der New York Review of Books vom 12. Juni von J.K. Galbraith so ausführlich besprochen wird, daß man sich schon fast sparen kann, es nachzulesen.

Untersucht wird die amerikanische Gesellschaft in einer Situation in welcher "die Wirtschaft nicht mehr länger jährlich große Zunahmen des Realeinkommens erbringt. Da solche Zunahmen in Zukunft nicht mehr zu erwarten sind, folgt daraus, daß jeder bedeutende Vorteil für eine größere Gruppe an Bürgern einen entsprechenden Verlust irgendwo anders verlangt. Deshalb Null-Summen Spiel. Die Fähigkeit der Reichen, tatsächliche oder mögliche Verluste wahrzunehmen, ist hoch entwickelt, so daß wenn Verluste nicht zu vermeiden sind, die vielversprechendste Möglichkeit darin besteht, die Freigiebigkeit der Regierung gegenüber den stets benachteiligten Armen zu beschneiden" (Zugegebenermaßen sehr freie Übersetzung) (8)

Diese Überlegung läßt sich mühelos auch auf die anderen westl. Industriestaaten übertragen. Denn wenn die einflußreichsten - und das sind, wie das Wort schon sagt, jene die Einfluß haben, weil sie reich sind - Gruppen in einer Gesellschaft Grund zur Annahme haben, eine Regierung praktiziere eine eindeutig gegen ihre materiellen Interessen gerichtete Politik, werden sie Druck auf diese Regierung ausüben.

Jene Regierungen nun vertreten sicherlich nicht uneingeschränkt die Interessen des Kapitals, geschweige denn jenes der Arbeitnehmer, sondern je nach Ideologie, ihr eigenes. Wenn es auch zu kurz gegriffen ist zu behaupten, Regierungen hätten überhaupt nur ein Interesse, nämlich an der Macht zu bleiben, wie dies die Anhänger der "Neuen Politischen Ökonomie" gerne tun, läßt sich doch zeigen, daß machttheoretische Überlegungen für die Erklärung staatlichen Handelns eine entscheidende Rolle spielen. Der Handlungsspielraum einer Regierung bei der Durchsetzung politischer Ziele ist in jedem Fall durch die Machtposition einzelner gesellschaftlicher Gruppen stark eingeschränkt.

Stark vereinfacht könnte man die hierzulande unter dem Schlagwort "angebotsorientierte Wirtschaftspolitik" laufende Umorientierung folgendermaßen skizzieren: einflußreiche Kreise, also Unternehmergruppen und ihre eigennützigen Freunde, haben durch die andauernde wirtschaftliche Spannung Grund genug zu der Befürchtung, ein Fortdauern der staatlichen Umverteilungspolitik, oder auch Nachfrageorientierung, könnte bei Ausbleiben eines kräftigen Wirtschaftswachstums zu einer Schwächung ihrer Position führen. Indem sie auf die Regierung sanften Druck ausüben erreichen sie - versuchen es zumindest - eine Schwächung jener Gruppen, die von vornherein weniger zu sagen haben, der Lohnempfänger. Hiefür ist ihre Ausgangsposition momentan besonders günstig, da die Arbeiterschaft in Krisenzeiten viel schwächer ist als in Phasen der Hochkonjunktur, und nicht geschlossen auftritt.

Ob eine Regierung nun eine deutlich arbeiterfeindliche Politik für richtig hält oder nicht, ist schon fast irrelevant. Denn wenn sie es nicht tut, hat sie dann eine Chance, Regierung zu bleiben, wenn sie sich auf eine Bevölkerung stützen kann, die in der Lage ist, ihre Interessen zu erkennen und wahrzunehmen.

Und eben das ist immer unwahrscheinlicher. Zur Zeit sind Pseudo-Theoretiker a la Tschebull und Biedenkopf die einzigen, welche die Unsicherheit unter der Bevölkerung weidlich ausnützend, Orientierung anbieten. Mögliche Alternativen zu jenen Theorien, wie sie etwa im letzten Parteiprogramm der SP enthalten sind, sind den meisten Leuten - vielleicht aus wahltaktischen Gründen? - unbekannt.

Es bleibt zu hoffen, daß die Anbieter einer Angebotsorientierung an der mangelnden Nachfrage nach ihrer Theorie scheitern müssen, weil sie dann, ihrem Anspruch gemäß, die Theorie in Frage stellen müßten. Es sieht nur leider momentan so aus, als würden sie nicht zögern, die Nachfrage nach ihrer Theorie "künstlich" zu erhöhen; was bei dem herrschenden Informationsdefizit ohne weiteres zu machen sein dürfte.

-
- (1) J. Robinson, Ökonomische Theorie als Ideologie
S.10, Zitat aus der Gen. Th. von Keynes, S.378
 - (2) E.K.Hunt/H.J.Sherman, Ökonomie aus traditioneller und
radikaler Sicht, BdII, S.102
 - (3) PROKLA 38, H.Funke/B.Zeuner, Profit aus der Angst, S.6
 - (4) " , S.6 u.7
 - (5) aus TAGEBUCH Nr.6, Juni 1980, Ein Jahr Thatcher, und
PROKLA 38, a.a.o.
 - (6) Prokla 38, a.a.o., S.10
 - (7) TAGEBUCH, a.a.o.
 - (8) THE NEW YORK REVIEW OF BOOKS, Nr.10, Juni 80,
J.K.Galbraith: Carter and the No-Win Economy

IMPRESSUM: Eigentümerin, Herausgeberin, Verlegerin,
Vervielfältigerin und für den Inhalt verantwortlich:
Christine Goldberg, Spittelbreiteng. 30/21, 1120 Wien